

BEWEISANTRAG der Fraktion der AfD

Schwerin, den 30. Mai 2023

Der PUA NSU II/Rechtsextremismus fasst auf Grundlage des vom Landtag Mecklenburg-Vorpommern in seiner 5. Sitzung am 16. Dezember 2021 beschlossenen Untersuchungsauftrages (Drs. 8/80) den folgenden

Beweisbeschluss

Beweisthema:

Zur ordnungsgemäßen Untersuchung gemäß dem Untersuchungsauftrag auf Drucksache 8/80, insbesondere zu Straftaten und sonstigen Aktivitäten des NSU-Kerntrios und eventueller Unterstützer/Unterstützerinnen sowie zu den Erkenntnissen, Maßnahmen und Aktivitäten der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden des Landes Mecklenburg-Vorpommern im Zusammenhang mit den mutmaßlichen durch den NSU begangenen Straftaten soll Beweis erhoben werden.

Beweismittel:

Zeugenvernehmung

Lorenz Caffier, Minister a. D.

Begründung:

Lorenz Caffier war von 2006 bis 2020 Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Als Innenminister hat er umfängliche Informationen über die Ermittlungen der Polizei- und Sicherheitsbehörden in Mecklenburg-Vorpommern zu den Themenkomplexen, die Untersuchungsgegenstand des 1. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses der 8. Wahlperiode sind. Gemäß § 2 Abs. 2 POG M-V regelt sein Ministerium die Aufgaben und die innere Organisation der Behörden und Dienststellen der Polizei und übt als oberste Polizeibehörde die Dienst- und Fachaufsicht unter anderem über die Polizeipräsidien, das Landeskriminalamt sowie die Abteilung V (Verfassungsschutz) aus.

Am 17. November 2020 trat Minister Caffier wegen der Medienerichterstattung über ihn, er soll im Januar 2018 ein Schießtraining sowie eine Waffe samt Munition von einem Schießplatzbetreiber mit Nordkreuz bezug bekommen haben. Minister a. D. Caffier könnte somit Informationen zur Aufklärung der Strukturen des Untersuchungsgegenstandes Nordkreuz haben, die für den Ausschuss relevant sind. Jedenfalls soll seine Behörde, der er als Minister

vorstand, seit März 2018 von den Verbindungen des Schießplatzbetreibers zum Nordkreuz gewusst haben.

Minister a. D. Caffier wurde bereits am 22.01.2021 im NSU Untersuchungsausschuss der 7. Wahlperiode zum Versagen der landeseigenen Sicherheitsbehörden befragt, jedoch nicht zu dem für diesen Untersuchungsausschuss relevanten Themenkomplex Nordkreuz.

Paul Timm
Fraktion der AfD